

III-38 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates
XII. Gesetzgebungsperiode

15. Feb. 1971

BERICHT

der Österreichischen Delegation zur Beratenden Versammlung
des Europarates über die XX. Sitzungsperiode

Am 5. Mai 1969 begeht der Europarat seinen 20. Gründungstag. An diesem Tag wird zur Erinnerung an die Entstehung zum fünften Mal der Europatag begangen.

Am 5. Mai 1949 unterzeichneten die 5 Mitgliedstaaten des Brüsseler Vertrages, Belgien, Frankreich, Luxemburg, Holland und Großbritannien, ferner die Regierungen Dänemarks, Norwegens, Schwedens, Irlands und Italiens in London das Statut des Europarates. Island, Griechenland und die Türkei wurden im August 1949 aufgefordert, dem Europarat beizutreten. Griechenland und die Türkei nahmen diese Aufforderung unverzüglich an, sie waren bereits auf der ersten Zusammenkunft des Ministerkomitees und der Beratenden Versammlung vertreten. Island trat dem Europarat am 7. März 1950 bei. Nach dem kurzen Zwischenspiel Saar-Hoffmann gehörte die Bundesrepublik Deutschland, die damals noch nicht im Vollbesitz ihrer Souveränität war, dem Rat als assoziierter Mitgliedstaat ebenfalls an. Am 2. Mai 1951 erwarb sie die volle Mitgliedschaft. Österreich entsandte seit 1949 eine inoffizielle Beobachterdelegation und hatte seit 1953 offiziellen Beobachterstatus; am 16. April 1956 wurde Österreich Mitglied des Europarates, denn erst nach Abschluß des Staatsvertrages am 15. Mai 1955 konnte Österreich Vollmitglied werden.

Schließlich wurde Cypern am 26. April 1961, die Schweiz am 6. Mai 1963 und Malta am 29. April 1965 Mitglied des Europarates, so daß dem Europarat gegenwärtig 18 Staaten angehören.

Wohl konnte Österreich erst nach dem Abschluß des Staatsvertrages Mitglied des Europarates werden; es muß jedoch festgehalten werden, daß Österreich bereits der Gründungssitzung des Europarates im Jahre 1949 in der Straßburger Universität durch Minister Ludwig beigewohnt und auch an den Vorarbeiten der Europa-Bewegung, die zur Gründung des Europarates führten, teilgenommen hatte.

- 2 -

Minister Ludwig hat in Straßburg anlässlich der Gründungssitzung des Europarates in der Straßburger Universität am 3. August 1949 im Namen der österreichischen parlamentarischen Körperschaften an den Vorsitzenden des provisorischen Europäischen Parlaments, Edouard Herriot, eine Botschaft gerichtet, in der unter anderem ausgeführt wird: "... daß das Werden dieser Körperschaft eine weitere Garantie für das gegenseitige Verständnis und die friedliche Zusammenarbeit der Völker für den neuen Aufbau Europas bildet. Es ist vor allem Österreich, in dem der Wunsch nach Frieden und Arbeit im Vordergrund des politischen Denkens aller Bevölkerungsschichten maßgebend ist; und Österreich wird all den Friedensströmungen, wie sie sich jetzt wieder in Straßburg bahnen, seine volle Unterstützung leihen; in dieser moralischen Zielsetzung liegt nicht zuletzt die Pflege einer modernen Erziehung der europäischen Jugend und die absolute Wahrung der Menschenrechte. Österreich begrüßt es mit besonderer Genugtuung, daß diese leitenden Ideen in dem Projekt einer europäischen Institution der Menschenrechte bereits dem Ministerkomitee unterbreitet wurden und der Europarat kann überzeugt sein, daß Österreich im Rahmen der gegebenen Möglichkeiten mit allen Kräften an der Realisierung wirklicher europäischer Friedenspolitik mitarbeiten wird."

Nach seiner Rückkehr von Straßburg berichtete Minister Ludwig an den damaligen Bundeskanzler unter anderem:

"Es wäre wahrhaftig der größte Fehler, mit dem Zusammentritt der Assemblée Consultative die Arbeiten für ein kommendes Europa schon als gesichert zu betrachten. Selbst wenn man in Straßburg eine Reihe verdienter, ja sogar berühmter Parlamentarier versammelt hat, so ist damit ein formaler Erfolg, aber noch lange kein materieller Arbeitserfolg gesichert. Die Abtrennung der Kompetenzen zwischen Ministerkomitee und Assemblée

haben schon jetzt außerordentlich schwierige Fragen aufgeworfen, das Ministerkomitee selbst wieder stellt in keiner Form ein Regierungsgebilde dar und es ist ohne Zweifel zu erwarten, daß maßgebende Mitglieder der Assemblée mit einzelnen Mitgliedern des Ministerkomitees das weitere Schicksal der Straßburger Versammlung bestimmen werden."

Duncan Sandys, der Schwiegersohn Churchills, später Mitglied des Kabinetts MacMillan, hat im September 1949 anlässlich einer Pressekonferenz zu den Aufnahmsbestrebungen Österreichs in den Europarat erklärt: "Österreich kann, wenn es will, auch schon im gegenwärtigen Zeitpunkt dem Europarat beitreten, würde aber voraussichtlich nur als nicht vollberechtigtes Mitglied fungieren. Wartet Österreich aber den Abschluß des Staatsvertrages ab, so wird es selbstverständlich als vollberechtigtes Mitglied in den Europarat eintreten können."

Man wird an die Ersttage europäischen Werdens erinnert, die sich in den Jahren 1919-1938 in Wien abgespielt haben, als Graf Coudenhove-Kalergi mit einem ausgewählten und besonderen Stab von Mitarbeitern die ersten Versuche europäischer Einigung unternahm. Es war im Jahr 1926, als der erste internationale paneuropäische Kongreß in Wien stattfand. Sechs Staatsmänner übernahmen das Ehrenpräsidium dieses Kongresses: Eduard Benesch, Joseph Caillaux, Paul Löbe, Francesco Nitti, Nicolas Politis und Ignaz Seipel. Dieser erste Kongreß tagte vom 3. bis 16. Oktober und es nahmen an ihm über 2000 Mitglieder als Vertreter von 24 Staaten teil. Auf dem Podium hatten die Delegationsführer Platz genommen. Der Hintergrund war geschmückt mit Bildern großer Paneuropäer der Vergangenheit: Karl der Große, Sully, Komensky, Abbé de St. Pierre, Kant, Victor Hugo, Mazzini und Nietzsche. Die Versammlung erhob sich, als die Europa-Flagge unter Orgelklängen enthüllt und von Ignaz Seipel begrüßt wurde.

- 4 -

Das war ein Anfang, der aber bald internationale Formen annahm, bis Coudenhove-Kalergi infolge der Okkupation Österreichs gezwungen war, Österreich zu verlassen, um in die Vereinigten Staaten von Amerika zu gehen. Aber auch der Aufenthalt in den Vereinigten Staaten zeitigte gute Früchte. Coudenhove erhielt einen Lehrstuhl an der New Yorker Universität, und dieser Lehrstuhl war für ihn die Basis einer besonders erfolgreichen Propaganda für Pan-Europa in den Vereinigten Staaten. Das Jahr 1945 ermöglichte Coudenhove-Kalergi wieder die Rückkehr nach Europa. Es kam zu den Konferenzen von Gstaad, Interlaken und der Großkonferenz in Den Haag, aus der der heutige Europarat im Jahre 1949 erwuchs. - Die Mitarbeit Österreichs an allen diesen Konferenzen zeigt das Interesse, das Österreichs Öffentlichkeit an der europäischen Politik nahm. Es war für die österreichische Regierung nicht möglich, während der Zeit der Besetzung aktives Mitglied des Europarates zu werden. Aber der österreichische Nationalrat hatte es verstanden, trotz der vierfachen Besetzung, sich eine relativ weitgehende Unabhängigkeit zu wahren, und so kam es zu der merkwürdigen Erscheinung, daß das österreichische Parlament an den Arbeiten des Europarates teilnehmen konnte, wobei ihm alle Rechte mit Ausnahme des Stimmrechtes zustanden, während die österreichische Bundesregierung durch internationale Verpflichtungen gehemmt war, diesen Arbeiten beizutreten.

Der Ursprung der Europa-Bewegung und des Europarates liegen nahe beieinander.

Das "Internationale Komitee zur Koordinierung der Bewegungen für die Einheit Europas" versammelte im Mai 1948 in Den Haag 1.000 Delegierte aus 19 Ländern, in erster Linie eine große Zahl von Parlamentariern. Den Vorsitz führte Winston Churchill. Auf diesem Kongreß in Den Haag wurde die Gründung

- 5 -

des Europarates beschlossen. Österreich war bei diesem Kongreß durch eine größere Delegation unter Führung von Minister Ludwig vertreten.

Die Präambel zum Statut des Europarates lautet:

"Die hohen vertragschliessenden Mächte sind überzeugt, daß die Festigung des Friedens auf der Grundlage der Gerechtigkeit und der internationalen Zusammenarbeit für die Erhaltung der menschlichen Gesellschaft und der Zivilisation von lebenswichtiger Bedeutung ist;

Sie stehen in unerschütterlicher Verbundenheit zu den geistigen und sittlichen Werten, die das gemeinsame Erbe ihrer Völker und von jeher die Quelle der persönlichen Freiheit, der politischen Freiheit und eines jeden Rechtsstaates sind, zu jenen Prinzipien, welche die Grundlage der Demokratie bilden;

Sie glauben, daß für den Schutz und die weitere Verwirklichung dieser Ideale und zur Förderung des wirtschaftlichen und sozialen Fortschrittes ein engerer Zusammenschluß aller gleichgesinnten Völker Europas erforderlich ist;

Sie sind der Meinung, daß es entsprechend diesem Bedürfnis und den ausdrücklichen Wünschen ihrer Völker notwendig ist, unverzüglich eine Organisation zu schaffen, die alle europäischen Staaten enger zusammenschließt;

Sie haben deshalb beschlossen, einen Europarat zu errichten."

Ein Kreis von 12 goldenen Sternen auf blauem Grund, dieses Emblem des Europarates symbolisiert die politische, wirtschaftliche und kulturelle Annäherung zwischen den Ländern Europas nach dem letzten Krieg. Die Zahl der Sterne hat

- 6 -

nur eine symbolische Bedeutung und keine Beziehung zu der Zahl der Mitglieder des Europarates.

Der Europarat nimmt einen besonderen Platz unter den internationalen Einrichtungen ein.

Zum erstenmal haben sich Regierungen der demokratischen Staaten Europas zusammengefunden; hier kam die Aussprache von Vertretern der öffentlichen Meinung über die delikaten Probleme internationaler Politik im Rahmen eines demokratischen Parlamentarismus zustande.

Die Beratende Versammlung sollte nach dem Willen ihrer Gründer ein Versuchsfeld der Ideen des demokratischen Europas sein. Diese Versammlung kann keineswegs Gesetze geben, aber ihre Beratungen haben den doppelten Zweck der Unterrichtung der öffentlichen Meinung und der Ausarbeitung von Abkommen, welche die Einheit des freien Europa vorbereiten.

Der Ministerausschuß, als ständiges Organ der Regierungsvertreter sollte das Instrument der engsten Zusammenarbeit zwischen den für die öffentlichen Angelegenheiten in Europa Verantwortlichen sein.

Artikel 1 des Statuts bestimmt, daß der Europarat "einen stärkeren Zusammenschluß seiner Mitglieder zum Schutz und zur Förderung der Ideale und Prinzipien, die ihr gemeinsames Erbe sind, und zum Besten ihres wirtschaftlichen und sozialen Fortschrittes bezweckt."

Das Statut fügt hinzu, daß diese Ziele durch die Organe des Rates im Wege der Besprechung aller Fragen von gemeinsamem Interesse und durch Übereinkommen und gemeinsame Aktionen in wirtschaftlichen; sozialen; kulturellen; wissenschaftlichen; rechtlichen- und Verwaltungsangelegenheiten und in der Erhaltung und fortschreitenden Verwirklichung der Menschenrechte und Grundfreiheiten verfolgt werden sollen.

Die Organe des Europarates sind der Ministerausschuß, die Beratende Versammlung und das Generalsekretariat.

- 7 -

Der Ministerausschuß besitzt einen zwischenstaatlichen Charakter. Die Regierung jedes Mitgliedstaates hat einen Vertreter im Ministerausschuß. Grundsätzlich ist dieser der Außenminister des jeweiligen Landes. Der Vorsitz obliegt in der alphabetischen Reihenfolge der Länder abwechselungsweise den einzelnen Ministern. Die Entscheidungen werden im allgemeinen einstimmig gefällt.

Die Beratende Versammlung hat, wie ihr Name sagt, beratende Funktionen. Sie kann daher noch nicht als Parlament im strengen Sinn des Wortes angesehen werden. Trotzdem gibt sie dem Europarat seinen einzigartigen Charakter. Sie ist der erste Versuch einer internationalen Zusammenarbeit in Form eines Parlamentes. Darüber hinaus gibt ihr die Stellung ihrer Abgeordneten und der weite Widerhall ihrer Debatten in der öffentlichen Meinung einen erheblich größeren Einfluß, als es die Statuten des Europarates an sich erwarten ließen. Die Versammlung selbst besteht gegenwärtig aus 147 Abgeordneten (und 147 Stellvertretenden Abgeordneten) aus 18 Mitgliedsländern. Die Zahl der Abgeordneten richtet sich ungefähr nach der Bevölkerungszahl der Mitgliedstaaten; für die großen und ganz kleinen europäischen Staaten erscheint dieser Schlüssel modifiziert: die Höchstzahl beträgt 18, die Mindestzahl 3 Abgeordnete. Die Länder werden in der Reihenfolge des englischen Alphabets angeführt.

Die Abgeordneten selbst werden von ihren nationalen Parlamenten bestellt und nach Straßburg delegiert. Jede nationale Delegation besteht in der Regel aus Vertretern der Regierungsparteien und der Opposition und stellt somit ein verkleinertes Spiegelbild der demokratischen Kräfte jedes Mitgliedslandes dar, wenn auch die Abgeordneten der Beratenden Versammlung in voller Freiheit und unter eigener Verantwortung sprechen und ihre Stimme abgeben, wobei sie nur an ihr Gewissen und ihre Überzeugung gebunden sind. Die Abgeordneten sitzen im Sitzungssaal des Europarates nicht nach

-8-

Ländern oder Parteien, wie es in den nationalen Parlamenten üblich ist, sondern in alphabetischer Reihenfolge. Die Verhandlungssprachen sind englisch und französisch. Der Wunsch, der deutschen Sprache Gleichberechtigung zu geben, wurde auch von österreichischer Seite wiederholt geäussert, drang aber nicht durch. Österreich hat in der Beratenden Versammlung 6 Stimmen; wir werden durch 12 Abgeordnete (6 ordentliche- und 6 stellvertretende Mitglieder) vertreten.

Das Statut des Europarates bestimmt, dass der Generalsekretär und der stellvertretende Generalsekretär des Europarates von der Beratenden Versammlung auf Vorschlag des Ministerausschusses gewählt werden. Das Sekretariat besteht aus 572 internationalen Beamten, die aus allen Mitgliedstaaten stammen. Österreich ist gegenwärtig durch 5 Beamte vertreten. Die Beamten dürfen keine Weisungen von ihren Regierungen entgegennehmen, ihr Amtseid verpflichtet sie auf den Europarat, und die entsprechenden Regierungen sollen sie in keiner Weise beeinflussen. Vertreter beider Organe (Ministerausschuss und Beratende Versammlung) kommen im Gemischten Ausschuss zusammen, aber bei diesem handelt es sich um ein Verbindungsglied, dessen Funktionen, wie bestimmt wurde, ohne "Beeinträchtigung der Rechte" der Organe ausgeübt werden sollen, aus deren Vertretern der Ausschuss zusammengesetzt ist.

-9-

Der Ministerausschuss ist nach dem Statut das Exekutivorgan des Rates, während die Versammlung - mit beratendem Charakter - das Organ für die Herausarbeitung politischer Leitgedanken durch Diskussionen der europäischen Parlamentarier darstellt. Sie kleidet das Ergebnis ihrer Debatten in die Form von Empfehlungen an den Ministerausschuss, der zu ihrer Annahme jedoch nicht verpflichtet ist, oder in die Form allgemeiner Entschliessungen. Dies mag wenig erscheinen; tatsächlich aber ist der Einfluss der Versammlung recht bedeutend, da sie die öffentliche und parlamentarische Meinung verkörpert, als etwas, was in demokratischen Institutionen nicht beiseite geschoben werden kann.

Das Statut sieht vor, dass der Ministerausschuss, "als Organ und im Namen des Europarates handelt".

Er allein ist berechtigt, Konventionen oder Übereinkommen abzuschliessen, die für die Mitgliedstaaten nach erfolgter Ratifizierung bindend sind. Er kann Empfehlungen an die Regierungen ergehen lassen und sie ersuchen, ihn über die auf Grund der Empfehlungen durchgeführten Massnahmen zu unterrichten.

Er überwacht die Ausgaben und entscheidet mit bindender Wirkung in allen Angelegenheiten der inneren Organisation und Einrichtung des Europarates.

Andere

Wege, die dem Ministerausschuß die Möglichkeit fachlicher Beratung über ihm unterbreitete Vorschläge eröffnen, sind die Fühlungnahme mit anderen internationalen Organisationen, die für das betreffende Fachgebiet zuständig sind.

Das vom Europarat geleistete Werk ist sehr umfassend; es erstreckt sich auf fast alle Gebiete des europäischen Lebens. An der Spitze steht die Europäische Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten, die erste Konvention, die vom Europarat ausgearbeitet worden war.

Viele Beschränkungen des freien Reiseverkehrs sind dank seiner Beschlüsse aufgehoben worden, z.B. sind die Visa abgeschafft worden für die Angehörigen eines Mitgliedslandes des Europarates, sofern sie ein anderes Mitgliedsland des Europarates besuchen wollen. Pässe sind zum Teil nicht mehr nötig für die Einreise und den Aufenthalt bis zu drei Monaten (Personalausweis oder ein gleichwertiges Papier genügt).

Auf kulturellem Gebiet sind u.a. folgende Leistungen zu verzeichnen:

Eine Europäische Kulturkonvention, durch welche die Mitgliedsländer sich die gemeinschaftliche Aufgabe gestellt haben, die europäische Kultur zu schützen und zu entwickeln; einen Kulturfonds zur Verwirklichung dieses Ziels.

Konventionen zur Sicherung der Gleichwertigkeit

- a) der Reifezeugnisse für die Zulassung zu Universitäten;
- b) von Studienzeiten, die in einem der anderen Mitgliedstaaten abgelegt wurden;
- c) von Universitätsdiplomen, die die Fortsetzung des Hochschulstudiums an einer Universität eines anderen Mitgliedslandes gestatten.

Ausstellungen, die anschaulich machen sollen, daß die entscheidenden Richtungen der Kunst und des Geistes in Europa einen spezifisch europäischen Charakter tragen.

- 11 -

Eine dieser Kunstausstellungen, und zwar die achte, wurde am 7. Mai 1962 in Anwesenheit des österreichischen Bundespräsidenten durch den Generalsekretär des Europarates, Ludovico Benvenuti, im Wiener Kunsthistorischen Museum eröffnet. Für die achte Ausstellung wurde das Thema "Europäische Kunst um 1400" gewählt.

Sonderlehrgänge und Austauschprogramme für Professoren, Dozenten und Arbeiter.

Stipendien zur Förderung der Forschung.

Der Kulturausweis des Europarates soll seine Inhaber dazu anregen, in Europa nach Belieben umherzureisen und durch kulturellen Austausch die gegenseitige Verständigung zu fördern und zur Entwicklung des europäischen Bewußtseins beizutragen. Folgender Personenkreis kann den Kulturausweis des Europarates erhalten: Schriftsteller, Künstler, Wissenschaftler, Lehrer, Forscher, Techniker und Studierende aus den Mitgliedsstaaten des Europarates oder allen Ländern, die die Europäische Kulturkonvention unterzeichnet haben. Die Vergünstigungen für Inhaber des Kulturausweises umfassen insbesondere freie Zulassung zu gewissen Universitäten, freien Zutritt zu Museen und Bibliotheken, ermäßigte Theaterkarten, Ermäßigungen für Universitäts-Gaststätten und Eisenbahnfahrkarten.

Ausgehend von der Erkenntnis, daß diese Zusammenarbeit auf kulturellem Gebiet heute eine Notwendigkeit ist, haben sich die Mitgliedsstaaten des Europarates im Verlauf der Jahre dazu entschlossen, die ursprünglich recht bescheidenen Organe für die kulturelle Zusammenarbeit zu einem stärkeren Organismus mit größerem Eigenleben auszubilden. Der im Jahre 1961 geschaffene Rat für kulturelle Zusammenarbeit (CCC) erhielt sehr weitgehende Befugnisse, sodaß er heute bereits die Gestaltung der Kulturpolitik in den einzelnen Ländern stark beeinflussen kann. (Es sei auch darauf verwiesen, daß der Heilige Stuhl und Spanien, sowie Finnland als Beobachter, ebenfalls dem CCC angehören).

- 12 -

Auch für den Fortschritt auf sozialem Gebiet und im öffentlichen Gesundheitswesen wurden bedeutende Erfolge erzielt. Der Europarat hat 1959 den Entwurf einer Sozialcharta fertiggestellt, die ein Gegenstück auf sozialem Gebiet zu der Europäischen Konvention für Menschenrechte hinsichtlich der Festlegung und Wahrung der Grundfreiheiten darstellt.

Neben der Europäischen Sozialcharta, einer der umfangreichsten Arbeiten des Europarates, sind als wichtigste Leistungen des Europarates auf sozialem Gebiet zu nennen:

- Die Abkommen über Soziale Sicherheit
- Das Europäische Fürsorgeabkommen
- Medizinische Stipendien
- Austausch von Kriegsversehrten zwecks Heilbehandlung
- Europäische Blutbank.

Wohl hat der Europarat durch Schaffung neuer europäischer Gemeinschaften wie der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Europäischen Freihandelsassoziation, die konkrete wirtschaftliche Ziele als Basis haben, zunächst scheinbar eine gewisse Einbuße erlitten. Jedoch gerade durch das Scheitern der Brüssler Verhandlungen hat sich der Europarat als das bestimmende Forum wirklichen europäischen Gedankenaustausches erwiesen. Der Europarat ist die einzige rein europäische Organisation, die sich, abgesehen von der nationalen Verteidigung, mit allen Problemen unseres Kontinents befassen kann.

Der Beitritt der Schweiz im Jahre 1963 zum Europarat bedeutete nicht nur für den Europarat einen wertvollen Zuwachs, er ist auch für Österreich von besonderem Wert. Denn jetzt sind im Europarat drei neutrale Länder vertreten, nämlich Schweden, Schweiz und Österreich.

- 13 -

In diesem Zusammenhang darf eine Konstatierung des früheren Präsidenten der Beratenden Versammlung, Per Federspiel, zitiert werden, der Europarat sei nicht als Machtinstrument geschaffen worden, aber er habe eine sehr große Tätigkeit entwickelt, um den gemeinschaftlichen europäischen Gedanken zu fördern. Die positive Bewertung des Europarates hat sich verstärkt. Der Europarat stellt für Österreich ein ausgezeichnetes Forum dar, um Verständnis für unsere Neutralität und ihre Notwendigkeit im Interesse von Gesamteuropa zu erwerben. Immer wieder bot sich Gelegenheit, Neutralitätsrecht und Neutralitätspolitik zu erläutern.

Berichtsjahr 1968/69

Noch in der Frühjahrssession der 20. Ordentlichen Sitzung der Beratenden Versammlung beherrschten die Fragen: "Gibt es eine Entspannung im Verhältnis zwischen West und Ost? Darf man von einer Liberalisierung in den Ostblockstaaten sprechen? Kann der Europarat eine Brücke zwischen den beiden Teilen Europas schlagen ?" zu einem guten Teil die Debatte der Versammlung über die allgemeine Politik des Europarates.

In der Empfehlung 521 forderte die Versammlung schließlich das Ministerkomitee auf,

– die Regierungen der Mitgliedstaaten zu ersuchen, bei ihren bilateralen Kontakten mit osteuropäischen Ländern alle Möglichkeiten einer stärkeren und entschlosseneren Inanspruchnahme des Europarates als Mittel zur Zusammenarbeit und als Forum zwischen Ost- und Westeuropäern zu nutzen und dem Ministerkomitee darüber Bericht zu erstatten, das seinerseits die Versammlung unterrichten würde;

- 14 -

- eine multilaterale Politik zu empfehlen, die auf die Wiederherstellung der kulturellen Einheit ganz Europas abzielt;

- darüber zu wachen, daß internationale Treffen und Kolloquien abgehalten werden, an denen vor allem Wissenschaftler, Künstler und Jugendliche teilnehmen, aber nicht nur aus den Mitgliedstaaten, sondern auch aus den Ländern des Ostens. Außerdem soll der Austausch von Büchern und Zeitschriften sowie Zeitungen angeregt werden.

Das Arbeitsprogramm des Europarates für den Zeitraum 1968/69 wurde der Beratenden Versammlung von Generalsekretär Peter Smithers vorgelegt. Smithers wies darauf hin, daß das Arbeitsprogramm zu 30 Prozent auf die Initiative der Beratenden Versammlung zurückgeht. Er verwies auf die engere Zusammenarbeit mit den Nichtmitgliedstaaten, besonders denen des Ostens, auf die Angleichung in Programm und Verfahren an die Vereinten Nationen und schließlich auf die Ausstrahlung der Arbeit des Europarates auf die nationalen Parlamente; bester Beweis sei die wachsende Zahl von Fällen, da den Europarat betreffende Fragen in den nationalen Parlamenten diskutiert würden. Smithers wies besonders auf das Problem der Technologie hin, das in Zusammenarbeit mit verschiedenen kompetenten internationalen Organisationen gelöst werden müßte. Drei Absichten wären dabei zu verfolgen: Analyse des Problems "Technologischer Graben", aber nicht unter politischen sondern praktischen Gesichtspunkten; Definition der speziellen Probleme, die sich auf den verschiedenen Gebieten ergeben; Anregung von Lösungsmöglichkeiten. Smithers unterstrich die Rolle, die der Versammlung in einer solchen Entwicklung zukommt. Es sei eine Tatsache, daß die Beratende Versammlung der einzige Ort ist, an dem gegenwärtig alle zuständigen internationalen Organisa-

tionen zusammentreffen, da sie der Versammlung in der einen oder anderen Form ihre Berichte vorlegen.

Die Beratende Versammlung ist der erste Versuch eines europäischen Parlaments. Die Jugendgruppen, die anlässlich der Septembertagung 1968 auf der Tribüne des Europarates demonstriert hatten, entrollten ein Spruchband: "Le dialogue empêche la violence", der Dialog verhindert die Gewalt. Wenn dem Europarat nichts anderes gelungen wäre und auch in Zukunft gelingen wird, als die Gewalt zu verhindern, so wäre sein vornehmstes Ziel erreicht. Wir alle - die Europa wollen - sind überzeugt, daß die Integration unerlässlich ist, um die Rückkehr zum Nationalismus zu verhindern. Aber es geht nicht nur um die grosse allgemeine politische Linie, die in Straßburg erkämpft werden soll, eine Reihe von Einzelarbeiten, deren Bedeutung man erst in Zukunft wird abschätzen können, wird hier in engster Zusammenarbeit von Parlamentariern, Ministern, Experten und Beamten geleistet.

Am 6. Mai 1968 wurde im Laufe einer feierlichen Sitzung die Europäische Wasser-Charta verkündet. Die Notwendigkeit einer gemeinsamen Aktion gegen die Wasserverseuchung kann nicht genug gewürdigt werden. Unser Zeitalter erlebt einen atemberaubenden technischen Fortschritt, dabei darf nicht übersehen werden, daß die Grundelemente unseres Lebens immer mehr gefährdet werden. Das sind Probleme, die keinesfalls auf nationaler Ebene gelöst werden können. Prinz Albert von Belgien, der das Ehrenkomitee der europäischen Aktion gegen die Süßwasserverschmutzung innehalt, wies darauf hin, daß es unerhört wäre, in einer Zeit, wo die Medizin, die Chirurgie und die Forscher immer wieder neue Mittel und Methoden erfinden, um die menschliche Gesundheit zu schützen und zu retten, daß wir auf dem Gebiet von Spéise und Trank die Opfer einer Industrie werden, die mehr an ihre positiven Bilanzen denkt als an die Gesundheit

- 16 -

der Menschen. Wo soll, beispielsweise, die intensive Verwendung der Chemie in der Landwirtschaft hinführen ? Welche Aktion werden die Unkraut- und Insektenvertilgungsmittel, die Hormone und Kunstdünger auslösen, die in ihrem Endstadium unsere Brunnen und Quellen vergiften werden ?

Ein Mitglied unserer österreichischen Delegation besuchte anlässlich einer Tagung der Agrarkommission des Europarates in einem der Mitgliedsländer eine Hühnerfarm. Auf seine Frage an den Besitzer, ob er die Produkte seiner Farm auch selbst genieße, antwortete dieser: "Für meine Familie habe ich einen eigenen Hühnerstall".

Im Rahmen des Europarates wird auch eine Aktion zur Bekämpfung der Luftverschmutzung geführt. Ausgangspunkt dieser Aktion war die im Jahre 1964 in Straßburg auf Initiative der Europaratsversammlung abgehaltene Europäische Konferenz über die Fragen der Reinhaltung der Luft.

Kampf dem Flugzeuglärm.

Die Entwicklung von Zivilflugzeugen mit Düsenantrieb und die rasche Verstärkung des Luftverkehrs sind auf Grund der erhöhten Lärmerzeugung der Flugzeuge zu einem Problem der öffentlichen Gesundheit geworden. Angesichts dieser Entwicklung ist es notwendig, neue Untersuchungen über die Auswirkung des Lärmes auf den physischen und geistigen Zustand der Menschen durchzuführen. Das Problem der Lärmbekämpfung muß an der Quelle selbst angepackt werden, mit anderen Worten im Flugzeugmotor. Es ist höchste Zeit, für die kommenden Generationen genügend Grünlandschaft, genügend Erholungsraum, genügend unverdorbene Grundwassergebiete zu sichern. Wenn der Europarat sich entschlossen hat, das Jahr 1970 zum Jahr des Naturschutzes zu deklarieren, so hat er auch damit gezeigt, daß er die Zeichen der Zeit erkannt hat.

- 17 -

Schon im Jahre 1949 bei Gründung des Europarates hat Minister Ludwig im Namen der österreichischen parlamentarischen Körperschaften erklärt, daß in der moralischen Zielsetzung des Europarates und seiner Friedensströmungen nicht zuletzt die Pflege einer modernen Erziehung der europäischen Jugend liege.

In einer Analyse des Generaldirektors für Jugend und Freizeitbeschäftigung, Marcel Hicter (belgisches Kultusministerium) wurden die Gründe aufgezeigt, die dafür maßgebend sind, daß Gesellschaft und Jugend sich heute nicht in Einklang befinden. Die tiefgreifenden Umwälzungen in der Gesellschaft, die Verweltlichung der Kultur, der Einfluß der Massenkommunikationsmittel, die Relativität des Begriffes "Jugendlicher" und die gewandelte gesellschaftliche Funktion der Jugend, schließlich die auf den Konsum ausgerichtete Gesellschaft zog Hicter in Betracht und unterstrich, daß die Jugend "mehr Gründe zum Leben als Mittel zum Leben" verlange; das Heil der Gesellschaft gründe sich auf zwei Schlüsselwörter: Dialog und Mitbestimmung. Nur in diesem Rahmen, sagte Hicter, lasse sich eine Integration der Jugend in die Gesellschaft verwirklichen.

Jugendzentrum.

Die Pläne für den Bau eines europäischen Jugendzentrums des Europarates haben große Fortschritte gemacht. Das Gebäude soll 1970 fertiggestellt sein. Die Tätigkeit des Zentrums wird vornehmlich sein, die Jugend zu einer europäischen Zusammenarbeit zu veranlassen und in größtmöglichem Maße für eine Ausbildung der Jugendleiter im europäischen Geist zu sorgen. Im Haus werden 40 Personen wohnen, und man wird jährlich 560 Teilnehmer empfangen können. Der Grundstein wird anlässlich des 20. Geburtstages des Europarates gelegt.

- 18 -

Sondersitzung zur Feier des Internationalen Jahres der Menschenrechte.

Am 26. September 1968 waren es 20 Jahre, daß die Erklärung der Menschenrechte durch die Vereinten Nationen unterzeichnet wurde. Auch die Beratende Versammlung gedachte dieses historischen Ereignisses in Form einer Sondersitzung. Es war tragisch, daß gerade in diesen Tagen das heiligste der Menschenrechte, nämlich die Freiheit, so grausam leiden mußte. Polys Modinos, stellvertretender Generalsekretär des Europarates, gab seiner lebhaften Genugtuung Ausdruck, daß gerade Straßburg und der Europarat sich um die Menschenrechte so sehr verdient gemacht haben, denn hier sei die europäische Menschenrechtskonvention geschaffen und ein europäischer Gerichtshof für die Menschenrechte aufgebaut worden.

Ein Kolloquium über die Menschenrechte und die Massenmedien der Information veranstaltete der Europarat vom 9. - 12. September 1968 in Salzburg. Teilnehmer waren Journalisten und andere Vertreter von Massenmedien, Juristen, Soziologen und Parlamentarier aus den 18 Mitgliedstaaten des Europarates.

Am 30. September 1968 löste Galeazzo Sforza den bisherigen stellvertretenden Generalsekretär des Europarates, Polys Modinos, ab. Sforza, der seit der Gründung des Europarates 1949 im Dienste dieser Institution steht, wurde in geheimer Abstimmung von der Beratenden Versammlung gewählt. Er ist der Sohn des Grafen Carlo Sforza, der mit Robert Schuman und Konrad Adenauer die europäische Einheit in die Wege leitete.

VII. Europäische Gemeindekonferenz.

Vom 28. bis 31. Oktober 1968 fand in Straßburg die VII. Europäische Gemeindekonferenz statt. Diese Konferenz, die auf eine Initiative der Beratenden Versammlung zurückgeht, führt

- 18 -

alle zwei Jahre Bürgermeister sowie Kommunal- und Regionalpolitiker aus den 18 Europaratstaaten zusammen. Die Veranstaltung wurde mit der Wahl des Bürgermeisters von Innsbruck, Dr. Lugger, zum Präsidenten der Konferenz, eröffnet.

Landwirtschaftskommission.

In der Zeit vom 15. - 18. Juli 1968 fand in Innsbruck eine Tagung der Landwirtschaftskommission der Beratenden Versammlung des Europarates statt. Die Tagung befaßte sich mit den Struktur-Problemen des Bergbauerntums.

Mit der obigen Darstellung soll der Versuch unternommen werden, aufzuzeigen, daß der Europarat nicht nur ein Diskussionsforum ist, sondern daß maßgebende Persönlichkeiten der europäischen Politik um die Einheit Europas ringen.

- 20 -

Die XX. Sitzungsperiode umfasst den Zeitraum vom 6. Mai 1968

bis zum 12. Mai 1969

Sie zerfiel in drei Teile (Plenarsitzungen):

1. Teil vom 6. bis 10. Mai 1968
2. Teil vom 23. bis 27. September 1968
3. Teil vom 27. bis 31. Jänner 1969

In den fünfzehn Kommissionen der Beratenden Versammlung des Europarates hatten Österreicher folgende Funktionen:

Karl Czernetz als Präsident der Ständigen Arbeitsgruppe (seit Juli 1968 Kommission) für die Beziehungen zu den nationalen Parlamenten und zur Öffentlichkeit;

Hertha Firnberg als Vizepräsident der Kommission für Bevölkerung und Flüchtlinge;

In den Fraktionen bekleidete Karl Czernetz die Funktion des Vorsitzenden der Sozialistischen Gruppe; Otto Kranzlmeir die eines Vizepräsidenten der Christlich-Demokratischen Gruppe.

In der XX. Sitzungsperiode waren folgende Abgeordnete zum Nationalrat und Mitglieder des Bundesrates Mitglieder der Beratenden Versammlung des Europarates:

Offizielle Mitglieder:

Czernetz Karl

Firnberg Hertha

Kranzlmeir Otto

Leitner Alois

Pittermann Bruno

Römer Albert

Ersatzmitglieder:

Gabrièle Franz

Goess Leopold

Grätz Leopold

Reichtl Josef

Serlitzl Otto

Tengic Lujo Abgeordneter a. D.

1. Teil der XX. Sitzungsperiode

Die 20. Ordentliche Sitzungsperiode der Beratenden Versammlung begann mit der Wahl des Präsidenten und der acht Vizepräsidenten. Präsident Sir Geoffrey de Freitas wurde ohne Gegenkandidaten wiedergewählt.

Für eine neunjährige Amtszeit wurden folgende sieben Mitglieder des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte wiedergewählt: Verdross (Österreich), Rolin (Belgien), Maridakis (Griechenland), Rodenbourg (Luxemburg), Wiarda (Niederlande), Wold (Norwegen) und Bilge (Türkei).

Politische Fragen

Zur politischen Debatte lag der Bericht des britischen Labour-Abgeordneten Edelman vor. Der Berichterstatter bedauerte u. a., dass keinerlei zufriedenstellende Schritte auf dem Wege zur europäischen Einheit verzeichnet werden konnten.

Hauptthema der politischen Aussprache war wieder Griechenland, an das im vergangenen Jahr die ultimative Forderung gerichtet wurde, die demokratischen Verhältnisse wieder herzustellen. Abgeordneter Bruno Pittermann verfasste Presseauszüge aus einem griechischen Regierungsblatt, in denen der Europarat schwer ringegriffen und die Versammlung sogar als "Kaffeehaus Europa" bezeichnet wird. Er kritisierte, dass dem griechischen Regime nach wie vor wirtschaftliche und finanzielle Unterstützung gewährt werde. Ausser den griechischen Abgeordneten fehlte auch die zypriotische Delegation, sodass von den 18 Mitgliedstaaten nur 16 in Strasbourg anwesend waren.

In der politischen Debatte führte Abgeordneter Karl Czernetz u. a. aus: nach zwei Weltkriegen und mehreren Bürgerkriegen beweise Europa eine enttäuschende Ohnmacht. Wen solle es da wundern, dass die Jugend ablehnend reagiere und sich für den Europagedanken immer weniger interessiere?

Ein weiteres Thema der Aussprache war das Anwachsen der radikalen Rechten in der Bundesrepublik Deutschland. Einige deutsche Parlamentarier bemühten sich, das Phänomen NPD zu verharmlosen. Abgeordneter Bruno Pittermann ist davon überzeugt, dass die heutigen demokratischen Kräfte in der Bundesrepublik mit Erfolg dem Extremismus Einhalt gebieten können.

- 22 -

Der sehr interessante, alljährliche Meinungsaustausch zwischen europäischen und amerikanischen Parlamentariern betraf in der Frühjahrssession die Wissenschaft und Technologie. Der demokratische Abgeordnete, G. P. Miller betonte, dass 1968 in den USA 25 Milliarden Dollar Kredite für Forschung und Entwicklung vorgesehen sind. In der Aussprache befürwortete der Schweizer Abgeordnete Reverdin die Gründung einer europäisch-amerikanischen parlamentarischen Arbeitsgruppe, um die Evolution der Technologie zu verfolgen. (Luxemburg), Wachtmeister (Österreich), Weil (Bewegung und Sorge (Türkei)).

Die neue Entwicklung im Osten bewog einige Abgeordnete, die Abschaffung der Kommission der Nichtvertretenen Nationen bzw. ihre Auflösung in der Politischen Kommission der Beratenden Versammlung, zu verlangen. Der Vorsitzende der Politischen Kommission, P. Struye, war für das Weiterbestehen der Kommission. Abgeordneter Bruno Pittermann hat dazu geraten, der Kommission eine einjährige Frist zu geben und ihr die Aufgabe zuzuweisen, sich darüber zu informieren, was im Osten wirklich vor sich gehe.

Es wurde weiter ein Bericht von der Versammlung geprüft, über eine Klage der Labour-Partei Maltas, welche die Regierungspartei beschuldigt, die letzten Wahlen auf der Mittelmeerinsel gefälscht zu haben, insbesondere durch die Einmischung der Kirche.

Zu dem allgemeinen Unbehagen der Jugend fragte M. Edelman, ob nicht jeder Politiker eine gewisse Verantwortung dafür trage, dass sich die Begeisterung, gerade auch der deutschen und französischen Jugend, gelegt habe, die der Europagedanke vor etwa 20 Jahren hervorgerufen hat. Wenn die Jugend sich jetzt weniger als früher für den Aufbau Europas interessiere, führte Abgeordneter Bruno Pittermann aus, so liege das vielleicht daran, dass das Handeln auf diesem Gebiet oft der Routine gewichen sei.

Wirtschaftsfragen

Den sechsten Bericht der OECD legte Bundesminister für Finanzen, Dr. Stephan Koren, der Beratenden Versammlung vor. Er hob dabei als bedeutendstes Ereignis des Jahres 1967 eine leichte Rezession in Europa und den Vereinigten Staaten hervor. Diese Rezession gehe im wesentlichen auf die Massnahme zurück, die eine Reihe von Ländern gegen inflationäre Tendenzen ergriffen haben. Man erwartet für 1968 in der OECD eine Erhöhung des Bruttonsozialproduktes auf 4,5%. Im weiteren Verlauf seiner Rede ging Bundesminister Dr. Stephan Koren auf die Konferenz über Handel und Entwicklung ein, die die Vereinten Nationen in New Delhi abgehalten haben.

In der Debatte wurde besonders auf das Ernährungsproblem in den unterentwickelten Ländern hingewiesen. Täglich starben 12.000 Menschen an Hunger. Es wurde in diesem Zusammenhang auch ein Wort des chinesischen Philosophen Chung Tse zitiert, in welchem viel Weisheit und der Schlüssel des ganzen Problems der Entwicklungsländer steckt: "Wenn Du einem Menschen einen Fisch gibst, so kann er sich davon eine Mahlzeit kochen. Wenn Du ihn fischen lehrst, dann hat er sein ganze Leben lang zu essen."

Die Debatte fand ihren Abschluss mit der Annahme einer Entschließung, worin die Versammlung ihre Wünsche bezüglich einer besseren Zusammenarbeit mit der OECD zum Ausdruck bringt.

Regionalplanung - ein europäisches Problem

Die Lösung der Probleme einer ausgeglichenen europäischen Regionalplanung war Gegenstand der weiteren Debatte. Der deutsche Abgeordnete Flaeßig wies darauf hin, dass es eine typische Aufgabe des Europarates sein werde, die Grundlagen einer europäischen Raumordnung zu schaffen und einen internationalen Erfahrungsaustausch zu ermöglichen. Abgeordneter Alois Leitner, der in der Debatte das Wort ergriff, forderte, dass Politiker und Fachleute die Strukturanpassung der Landwirtschaft im Griff behalten und nicht wegen kleinerer, eigentlich unechter Überschüsse in der Produktion Fehlhandlungen setzen und die Bewirtschaftung des Bodens in Frage stellen.

Wirkung 2. Teil der XX. Sitzungsperiode

Den sechsten Bericht der OECD legte Bundesminister für Finanzen,

Dr. Politische Fragen der Sozialen Vereinigung vor. Er habe dabei als

Wie aus dem Bericht über die Frühjahrssession hervorgeht, hat gerade der Europarat sich bemüht, zu einer entspannten Atmosphäre in Europa beizutragen.

Als erstes internationales Organ hat die Beratende Versammlung zu dem Einmarsch in die CSSR Stellung genommen, ihn einstimmig verurteilt und den sofortigen Abzug der Truppen gefordert.

Die Beratende Versammlung hat die Tschechenkrise an die Spitze der Tagesordnung gestellt. Nicht weniger als 30 Redner ergriffen hierzu das Wort.

Nach dem traditionellen Tätigkeitsbericht des Ministerkomitees durch Staatssekretär de Lipkowski in Vertretung des französischen Außenministers Michel Debré wurde die politische Debatte durch die beiden Berichterstatter der Politischen Kommission, E. Nessler, und der Kommission der Nichtvertretenen Nationen, H. Schmidt, eröffnet.

In der Debatte sprach u. a. Lujo Toncic, Abg. a. D., der darauf hinwies, dass die Menschen im Osten begierig seien, das Wort des Westens zu hören. Würde dieses Wort verstummen, so hätten diese Völker ein grosses Unrecht zu erleiden.

Als erste Voraussetzung einer Entspannung nannte Abgeordneter Karl Czernetz die Rückumung der CSSR von Besatzungstruppen.

Abgeordneter Bruno Pittermann schloss nicht aus, dass die Sowjet-Union auch weiterhin bereit sei, internationale Verhandlungen zu führen. Darum werde es allerdings Zeit, Klarheit über die europäische Einheit zu schaffen.

Bundesrat Leopold Goess vermerkte kritisch, dass UN-Generalsekretär U-Thant seinen angekündigten Besuch in Prag zur Zeit der Invasion abgesagt hatte.

In der Entschlüsselung 375 betreffend die allgemeine Politik des Europarates, drückte die Versammlung ihre Auffassung aus, dass die Mitgliedsregierungen

des Europarates alles tun sollten, um sich jeder Form von Hegemonie zu widersetzen, die die Entspannung, nach der sich die Völker Europas sehnen, beeinträchtigt; auf die Nah-Ost-Krise eingehend, heisst es, die Versammlung sei der Auffassung, dass die an dem Konflikt beteiligten Parteien sich an dem Beispiel der Aussöhnung und Zusammenarbeit West-Europas nach dem 2. Weltkrieg orientieren sollten, um in Verhandlungen einzutreten, die allein den Frieden wieder herstellen können; solche Verhandlungen, die die Anerkennung Israels beinhalten müssten, erlaubten unter anderem die Festlegung von sicheren und anerkannten Grenzen, die Lösung des Flüchtlingsproblems und die Sicherung der wirtschaftlichen Entwicklung in diesem Teil der Welt.

Die Beratende Versammlung billigte weiters, nach mehrstündiger Debatte, in der von Österreich die Abgeordneten Karl Czernetz und Bruno Pittermann sprachen, die von der Politischen Kommission vorgelegte Entschliessung, in der Griechenland aufgefordert wird, unverzüglich zu einem demokratischen und parlamentarischen System zurückzukehren. Das zeitliche Zusammentreffen mit der feierlichen Sitzung anlässlich des "Internationalen Jahres der Menschenrechte" gab dieser Abstimmung besonderes Gewicht.

Flüchtlingsfragen

Nachdem die Kommission für Bevölkerung und Flüchtlinge einen Dringlichkeitsantrag gestellt hatte, das Biafra-Problem innerhalb der Debatte der Beratenden Versammlung zu diskutieren, beschäftigte sich die Versammlung mit der Hilfe für die Opfer des Bürgerkrieges in Nigerien. Im Anschluss an die Debatte wurde eine Empfehlung einstimmig angenommen. In dieser Empfehlung heisst es u. a.: "Zunächst bewegt von der Tatsache, dass auf Grund dieses schrecklichen Bürgerkrieges täglich zwischen 5000 und 10000 Frauen und Kinder sterben, empfiehlt die Beratende Versammlung dem Ministerkomitee

- a) die Mitgliedsregierungen inständig zu bitten, ihre Sendungen von Lebensmitteln und Medikamenten für die Opfer des Bürgerkrieges in Nigerien weiterzuführen und durch grosszügige finanzielle Zuwendungen die

Aktionen des Internationalen Roten Kreuzes zu unterstützen und seine Initiativen zu erleichtern, ebenso wie jene der anderen Wohltätigkeitsorganisationen;

b) die Mitgliedsregierungen zu bitten, getrennt oder gemeinsam, energisch und sofort bei der nigerianischen Regierung und allen zuständigen Stellen zu intervenieren, damit sie sofort alle Massnahmen ergreifen, die einen schnellen Transport von Lebensmitteln und Medikamenten sowie von medizinischem Personal in alle Gebiete, wo sich Opfer des Bürgerkrieges befinden, ermöglichen.

Im Rahmen der Debatte legte Abgeordnete Hertha Firnberg einen Bericht der Kommission für Bevölkerungs- und Flüchtlingsfragen über die Synchronisierung und Harmonisierung von Volkszählungen in Europa vor.

Die Empfehlung 533 wurde einstimmig angenommen; sie schlägt zweierlei Massnahmen vor:

Die Volkszählungen sollen im gleichen Jahr abgehalten werden, und zwar 1980 und folgend immer alle zehn Jahre.

Der zweite Teil der Empfehlung gilt den Arbeiten des Europarates selbst. Es geht dabei um die Einsetzung eines Expertenkomitees, das in enger Zusammenarbeit der Beratenden Versammlung mit dem Organisationskomitee der Zweiten Bevölkerungskonferenz – offen für alle europäischen Länder und nicht nur für die Mitgliedstaaten des Europarates – weitere Schritte der Synchronisierung und der Harmonisierung erarbeitet und technisch fachliche Hilfe gibt.

Kulturfragen

Mit einem Bericht des Schweizer Abgeordneten Borel für die Kommission für Kultur- und Erziehungsfragen, einem Bericht des französischen Abgeordneten Nessler und einem Referat des Generaldirektors für Jugend und Freizeitbeschäftigung im belgischen Kulturministerium, Marcel Hicter, begann die Debatte über die Krise in der europäischen Gesellschaft.

Die Studentenunruhen in einer Reihe von Ländern haben eine Krise in der europäischen Gesellschaft offenbar werden lassen.

In der Debatte wurden die Schwierigkeiten der Jugend, sich in der heutigen Welt zurechtzufinden, und namentlich das tiefe Missbehagen in der Studentenschaft über den jetzigen Zustand der Gesellschaft von verschiedenen Seiten betrachtet. Der Gewinn der Debatte war vor allem das vielbeachtete Exposé des Generaldirektors Marcel Hicter, der für den CCG sprach.

Marcel Hicter fasst das Verlangen der studierenden Jugend dahin zusammen, dass sie nach einer stärkeren Betonung der menschlichen Würde in der heutigen Gesellschaft trachtet. Dabei wurde der französische Episkopat zitiert, wonach man den Jugendlichen "nicht die Mittel zum Leben, sondern die Gründe zum Leben" geben solle.

Die Debatte endete mit der Annahme einer Empfehlung, worin die Regierungen der Mitgliedstaaten ersucht werden, die fundamentalen Aufgaben der Universität in der europäischen Gesellschaft neu zu definieren, ebenso deren Funktionsmöglichkeiten auf der Grundlage eines breiten Dialogs unter Zusammenarbeit der Studentenschaft, der Behörden und des Lehrkörpers. Die zweckdienlichen Reformen müssten über den Rahmen der nationalen Lösungen hinausgehen, unter Berücksichtigung des Europa von morgen.

Die 6. Konferenz der europäischen Erziehungsminister, die im Frühjahr 1969 in Paris stattfinden soll, wäre der geeignete Rahmen für eine Konfrontation auf höchster Ebene der Ursachen der Krise im Hochschulunterricht Europas und der Remedurmöglichkeit.

Wirtschaftsfragen

Der Berichterstatter der Wirtschaftskommission, der britische Abgeordnete Chapman, vertrat die Auffassung, dass die Notwendigkeit zu einer Integration des freien Europa durch die Ereignisse in der Tschechoslowakei besonders klar geworden ist.

Im Anschluss an den 8. Jahresbericht der EFTA, der vom Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie, Kommerzialrat Otto Mitterer, in

seiner Eigenschaft als Vorsitzender des EFTA-Rates, der Beratenden Versammlung vorgelegt wurde, präsentierte der dänische Abgeordnete Haekkerup den Bericht der Wirtschaftskommission, der einerseits eine Antwort auf den 8. Jahresbericht der EFTA darstellte, andererseits aber auch einen Kommentar zu dem von der EFTA in den vergangenen 8 Jahren erzielten Resultaten brachte.

Im Verlauf seiner Ausführungen nahm der Berichterstatter zu dem Problem EFTA-EWG persönlich Stellung. Er äusserte die Ansicht, dass die EFTA-Staaten die Gelegenheit haben sollten, sich der EWG anzuschliessen. Angesichts der Tatsache, dass dieses im Augenblick nicht möglich erscheine, bleibe der EFTA nur die Möglichkeit, sich enger innerhalb ihres Rahmens zusammenzuschliessen.

Einer solchen parallel laufenden Konzentration der Kräfte widersprach Abgeordneter Otto Kranzlmayr. Er wies darauf hin, dass die EFTA weniger ein Kind der Liebe sei, sondern mehr aus verstandesmässigen Gründen gezeugt wurde. Die EFTA sei kein Selbstzweck, sondern eine Vereinigung, deren Mitglieder sich zusammengeschlossen haben, um damit eine Zwischenstufe für eine weitergehende, gesamteuropäische Lösung zu schaffen. Abgeordneter Otto Kranzlmayr erklärte zum Abschluss seiner Ausführungen, Hauptziel war und müsse bleiben, wie aus der Präambel der EFTA-Konvention einwandfrei hervorgehe, die Verwirklichung des gesamteuropäischen Marktes.

Bundesrat Leopold Goess unterstreicht zum Bericht Haekkerup, dass eine solche Konfrontation der Meinungen den besten Schutz vor einer Erstarrung der Probleme biete. Was den Wunsch nach weiteren bilateralen Vereinbarungen zwischen einzelnen Mitgliedsstaaten der EFTA über den Handel mit agrarischen Produkten anlangt, berge er neben den Vorteilen, natürlich die Gefahr in sich, dass die nichtbeteiligten Staaten benachteiligt werden. Konkludierend gibt Bundesrat Leopold Goess seiner Meinung Ausdruck, dass die Aktivität innerhalb der EFTA nicht in erster Linie darauf gerichtet sein dürfe, einen eigenen Agrarmarkt zu schaffen oder zu erzwingen, sondern

dass die Aktivität und die Initiative in erster Linie darauf ausgerichtet zu sein habe, Wege zu suchen, um durch pragmatische Vereinbarungen mit der EWG zu verhindern, dass die Landwirtschaft auf dem Weg zur europäischen Integration als Fusskranker auf der Strecke bleibe.

Die Versammlung verabschiedete anschliessend die Entschliessung 388, in der es u.a. heisst: Die Versammlung drückt die Hoffnung aus, dass die Freihandelszone ihre technische Zusammenarbeit auf bestimmten Gebieten mit anderen internationalen interessierten Organisationen ausweitet und verstärkt, sie teilt vollkommen den Standpunkt des Ministerates der EFTA über die Notwendigkeit, die Arbeiten des Wirtschaftsrates der EFTA weiter voranzutreiben;

die Versammlung ist der Auffassung, dass die Freihandelszone jetzt ein Stadium erreicht hat, wo es notwendig ist, alle indirekten Hindernisse für einen freien Warenaustausch zu überprüfen, die aus den divergierenden Gesetzgebungen und anderen Wirtschafts- und Finanzsystemen resultieren.

Die Aussprache mit den Parlamentariern aus Lateinamerika – acht Vertreter lateinamerikanischer Staaten waren anwesend – wurde vom Berichterstatter der Politischen Kommission, dem französischen Abgeordneten Flornoy und jenem der Wirtschaftskommission, dem belgischen Abgeordneten de Grauw, eingeleitet. Abgeordneter der Grauw sagte, die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen Europa und Lateinamerika sollte sich nach drei Richtungen hin auswirken: nämlich Abbau der Zollschränke, Stabilisierung der Rohstoffpreise und Ansiedlung neuer Industrien in Südamerika.

Wissenschaftsfragen

Über den gegenwärtigen Stand der europäischen Raumforschung sprach für die ELDO (Europäische Organisation für den Bau von Trägerraketen) der damalige Präsident dieser Organisation Paternotte de la Vaillée, der erneut den Standpunkt vertrat, dass der Verzicht auf den Bau eigener Raketen ein Verzicht auf europäische Nachrichten-, Fernseh- und

- 30 -

Navigationssatelliten bedeute. Für die ESRO (Europäische Raumforschungsorganisation) referierte der gegenwärtige Präsident, van der Hulst, der auf eine Reihe von beachtlichen Erfolgen seiner Organisation hinweisen konnte.

Verkehrsfragen

Den 14. Jahresbericht der Europäischen Verkehrsministerkonferenz (CEMT) legte der irländische Minister für Transport und Energie, Childers, vor.

Im Anschluss an einige Fragen an den Minister äusserte der Berichterstatter der Kommission für Fragen der Wirtschaft und Entwicklung, Bundesrat Albert Römer, die Ansicht, dass der 13. und 14. Jahresbericht der Transportministerkonferenz, wenn überhaupt, so nur geringe Fortschritte aufweise, was die gemeinsamen Prinzipien einer allgemeinen Transportpolitik betreffe. Bundesrat Albert Römer führte weiter aus, dass ungeachtet einiger Hinweise in den letzten CEMT-Berichten, dass solche Konzepte in Bearbeitung sind, die Tatsache die sei, dass die nationalen Interessen leider häufiger von finanziellen oder politischen Betrachtungen beurteilt werden, statt von einer allumfassenden Wirtschafts- und Sozialpolitik.

Ein brennendes, hochaktuelles Problem wurde vom Abgeordneten Karl Czernetz wieder aufgegriffen, nämlich die Verkehrssicherheit auf den europäischen Straßen. Würde die heute beängstigende Situation weiterhin anhalten, so hätte man in den nächsten zehn Jahren mit 800.000 Verkehrstoten und 25 Millionen Verkehrsverletzten zu rechnen. Abgeordneter Karl Czernetz verlangte radikale Massnahmen, namentlich eine Verbesserung in der Konstruktion der Fahrzeuge nach dem Beispiel Amerikas, das jetzt Sicherheitsnormen für den Bau der Kraftfahrzeuge aufgestellt hat.

15. Gemeinsame Tagung der Beratenden Versammlung und des Europäischen Parlamentes

Die Beratende Versammlung und das Europäische Parlament hatten sich für ihre gemeinsame Tagung zwei Themen ausgesucht:

"Die politischen Vorbedingungen für die integrale Verwirklichung und die Erweiterung der Gemeinschaften" und "Probleme und Aussichten der wissenschaftlichen Forschung und der technologischen Entwicklung als Faktoren

der politischen Einheit".

Es wurde die Frage aufgeworfen, ob eine Okkupation der Tschechoslowakei auch dann erfolgt wäre, wenn sich die europäische Integration endlich zu einer politischen Gemeinschaft entwickelt hätte.

3. Teil der XX. Sitzungsperiode

Zu den Haupthemen dieser Sitzungsperiode gehörten:

Die Situation in Griechenland und der CSSR,
die Ost-West-Beziehungen in Europa und
das Verhältnis Europas zu den Entwicklungsländern.

Am Eröffnungstag der Jännersession erklärte die Versammlung den Tschechen Jan Palach. Die Erklärung, die von der Versammlung angenommen und vom Präsidenten verlesen wurde, hatte folgenden Wortlaut:

"Die Beratende Versammlung des Europarates, die sich ihrer Aufgabe als Hüterin der Menschenrechte und der Grundfreiheiten, bewusst ist, verneigt sich in Ehrfurcht und Andenken an Jan Palach, der in der Tschechoslowakei sein Leben hingab für die Menschenrechte und Grundfreiheiten."

Nach dem Gedenken an die verstorbenen Mitglieder der Beratenden Versammlung wurde das Mandat des bisherigen Generalsekretärs des Europarates, Peter Smithers, in geheimer Abstimmung, bis zum 15. September 1969 verlängert. Im Mai 1969 wird der neue Generalsekretär gewählt, Lujo Toncic, Abgeordneter a.D., ist einer der Kandidaten.

Wissenschaftsfragen

Schon in der Herbsttagung der Beratenden Versammlung hatte man sich intensiv mit Raumforschungsproblemen befasst.

Es unterstreicht die Aktualität dieses Problemes, wenn der Europarat seine Jännertagung mit einer längeren Aussprache über die Fragen der Raumforschung und der damit zusammenhängenden wissenschaftlichen Forschung begann.

- 32 -

Der deutsche Minister für wissenschaftliche Forschung, Dr. G. Stoltenberg, berichtete der Versammlung über die Ergebnisse der 3. Europäischen Welt- raumkonferenz.

In der Debatte wurde von den Berichterstattern und den Diskussionsrednern ausgeführt, wie sich Europas Rückstand in der Raumforschung auf die Dauer auswirken müsse.

In der Landwirtschaftsdebatte sprach an Stelle des verhinderten Vizepräsidenten der Exekutivkommission der EWG, Sicco Mansholt, der Generaldirektor der Organisation der Vereinten Nationen für Ernährung und Landwirtschaft. Er pflichtete den Vorschlägen Manholts bei, warnte aber vor Überstürzung der Reformen.

Der Bericht des Ministerkomitees wurde vom Staatssekretär im Außenministerium der Bundesrepublik Deutschland der Beratenden Versammlung vorgelegt. In der Debatte sprach u.a. Lujo Toncic, Abgeordneter a.D., über die Zusammenarbeit mit den Vereinten Nationen:...." Die von der zuständigen Kommission ausgearbeiteten Vorschläge haben zum Ziel, dass der Europarat bei den Vereinten Nationen ständig präsent sein soll, insbesondere dadurch, dass der jeweilige Vorsitzende des Ministerkomitees des Europarates während der Generalversammlung die Vertreter der Mitgliedsstaaten des Europarates zu gemeinsamen Sitzungen einlädt.

Von den Berichten der Kommission für Europäische Nichtmitgliedsländer ist es besonders der Bericht des Abgeordneten Bruno Pittermann, über antisemitische Umtriebe in Ländern des Ostens, der in der Diskussion aufgegriffen wurde. Abgeordneter Bruno Pittermann betonte, dass es sich nur um einen Teilbericht handle, es seien ihm noch nicht alle verlangten Auskünfte zugegangen. Er sprach von einem offenen Antisemitismus und einem als Antizionismus getarnten Antisemitismus, der aber in Wahrheit das gleiche sei.

- 33 -

Das 50-jährige Bestehen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) wurde in besonderen Berichten hervorgehoben, in denen Nachdruck auf das Werk der ILO zugunsten der Entwicklungsländer gelegt wurde. In der Debatte betonte Abgeordneter Franz Gabriele, dass bei der Tätigkeit der ILO weder weltanschauliche noch politische Aspekte im Vordergrund stehen dürfen; Ziel aller Bestrebungen müsse es sein, allen arbeitenden Menschen materiellen Wohlstand, geistige Entwicklung in Freiheit und Würde, sowie wirtschaftliche Sicherheit zu garantieren.

Politische Fragen

Wohl haben die Ereignisse in der Tschechoslowakei und die Lage im Nah-Ost wieder den Mangel einer einheitlichen europäischen Stimme vor Augen geführt; in der politischen Debatte wurde immer wieder darauf hingewiesen.

Der Berichterstatter der Politischen Kommission, der französische Abgeordnete Nessler, kam auf den Debré-Plan zurück und der belgische Aussenminister, Pierre Härmei, war erschienen, um den sogenannten "Harmel-Plan" darzulegen.

Beide, Debré-Plan und Harmel-Plan, haben zwei Dinge gemeinsam: nämlich, dass sie nicht auf die Schaffung neuer Organisationen ausgehen und, dass sie die Sechsergemeinschaft aus dem Spiel zu lassen trachten.

Berichterstatter Nessler und die Politische Kommission konzentrieren ihre Vorschläge auf den Europarat; der belgische Aussenminister legte seinem Plan den Rat der Westeuropäischen Union zugrunde.

In der Debatte sprach sich vor allem Abgeordneter Karl Czernetz für den von Nessler vorgeschlagenen Weg aus, die Überwindung der Stagnation im Rahmen des Europarates anzustreben.

Er wies darauf hin, dass die Westeuropäische Union ja in der Hauptsache für Belange der Verteidigung gegründet wurde, was von vornherein eine Beteiligung der drei neutralen Mitgliedsländer des Europarates, nämlich Österreich, Schweden

und Schweiz, erschwere.

In der Debatte über alle aktuellen Gegenwartsprobleme gab Abgeordneter Karl Czernetz seiner Besorgnis ob des barbarischen Wütens im Nahen Osten Ausdruck. Die Beratende Versammlung habe die Verpflichtung Israel zu unterstützen.

Die Versammlung verabschiedete eine Entschliessung, in der die Regierungen der Mitgliedstaaten aufgefordert werden, die Möglichkeiten, die der Europarat für den Zusammenschluss Europas biete, voll auszuschöpfen.

Was die Tschechoslowakei betrifft, fordert die Entschliessung die Mitgliedsregierungen auf, in ihren Beziehungen mit kommunistischen Ländern auf die Achtung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker hinzuwirken.

Zur Nah-Ost-Krise erklärt die Entschliessung, dass die Minister die Arabischen Staaten und Israel dazu auffordern sollten, gemeinsam die Mittel und Wege zu prüfen, die Entschliessung des Sicherheitsrates der UNO vom 2. November 1967 zur Anwendung zu bringen und alle schwelenden Probleme zu erörtern.

Die Versammlung bedauert auch die in Bagdad vorgenommenen Hinrichtungen, die, durch ihren barbarischen Charakter und das empörende Klima einer öffentlichen Belustigung die bestehende Feindschaft zwischen Arabern und Israelis nur noch mehr aufstachle.

Zum vierten Male innerhalb von 21 Monaten befasste sich die Beratende Versammlung während der Jännertagung mit der Frage, ob Griechenland mit seinem derzeitigen Militärregime noch weiterhin das Recht habe, dem Europarat anzugehören. Im Namen der Politischen Kommission legte zunächst der holländische Abgeordnete van der Stoel einen Bericht über die derzeitige Lage in Griechenland vor, mit der Schlussfolgerung, dass Griechenland die Voraussetzungen für eine Mitgliedschaft beim Europarat zur Zeit nicht erfülle.

In der Debatte sprachen von Österreich die Abgeordneten Karl Czernetz und Bruno Pittermann.

Die von der Politischen Kommission vorgeschlagene Empfehlung wurde schliesslich mit 29 gegen 11 Stimmen und 20 Enthaltungen angenommen. Die Empfehlung-

- verurteilt ganz kategorisch die Weigerung der griechischen Regierung, dem Berichterstatter der Versammlung, dem diese ihr volles Vertrauen erneuert, die Einreise zu erlauben;
- erklärt, dass das gegenwärtige Regime Griechenlands für den Moment schwer gegen die Bedingungen verstösst, welche die Mitglieder des Europarates gemäss Art. 3 der Satzungen erfüllen müssen;
- erachtet, dass unter diesen Umständen das griechische Regime die sich aufdrängenden Konsequenzen ziehen und seine Position gemäss Art. 7 überprüfen solle, laut welchen jedes Mitglied des Europarates sich daraus zurückziehen kann;
- beschliesst, keinen griechischen Delegierten anzuerkennen, solange in Griechenland die Meinungsfreiheit nicht wieder hergestellt ist und kein freies, repräsentatives Parlament gewählt wird;
- schliesslich wird dem Ministerrat empfohlen, innerhalb einer noch festzusetzenden Frist, geeignete Massnahmen zu treffen, im Sinne der Artikel 3, 7 und 8 des Statuts des Europarates und der früheren Resolutionen.

Juridische Fragen

In der juridischen Debatte sprach sich die Versammlung gegen jede Art von Verjährung der Kriegsverbrechen gegen die Menschheit aus, besonders jener, die im Zweiten Weltkrieg begangen wurden.

Die Versammlung richtete ferner einen dringenden Appell an die Regierungen der Mitgliedstaaten, noch vor Ende 1969 die Europäische Niederlassungskonvention zu ratifizieren (Österreich hat am 13. Dezember 1957 unterzeichnet) und ebenso die Europäische Sozial-Charta (Österreich hat am 22. Juli 1963 unterzeichnet).

Abgeordneter Leopold Graf sprach zu dem von der Juridischen Kommission anlässlich des Internationalen Jahres der Menschenrechte vorgelegten Aktionsprogramm. Er stellte fest, dass wir in einer Welt der Doppelzüngigkeit leben,

- 36 -

ob es sich nun um die Volksdemokratien ohne Demokratie handle, um Freiheitsbewegungen ohne Freiheit bis zu Verfassungen dieser Welt, die das Blaue vom Himmel versprechen, aber nicht hielten. Das gelte leider auch für die Menschenrechtsdeklaration der UNO. Die Beschlussfassung über ständig neue Deklarationen bringe der Idee der Vereinten Nationen mehr Schaden als Nutzen, weil damit in den Menschen Erwartungen erweckt würden, die die UNO schon aus ihrer Struktur heraus gar nicht erfüllen könne, weil in ihr das Prinzip der Nichtintervention gelte. Damit werde aber von der Tatsache abgelenkt, dass die Vereinten Nationen auf vielen Gebieten wertvolle Arbeit leiste.

Karl Kraus